

Kerstin Andreae

- (A) Variante „nur staatlich“ reden. Vielmehr sollten wir darüber reden, ob es Zwischenmodelle gibt. Das ist die Position, die wir in die Diskussion einbringen wollen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Doch der dritte Weg?)

Es spricht für mich viel dafür, das private Know-how und das private Kapital, das bei den Energieversorgungsunternehmen vorhanden ist, zu nutzen und in Anspruch zu nehmen. Es spricht auch viel dafür, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir die staatliche Aufgabe zur Leistung einer der großen Systeminfrastrukturen, einer der Lebensadern unserer Volkswirtschaft, gestalten und mit welchen Kriterien wir sie unterlegen wollen. Wir sollten uns sehr genau Gedanken darüber machen, wie wir unsere Netze in Deutschland in Zukunft verwalten und gestalten wollen. Wir sollten auf europäischer Ebene nicht den dritten Weg forcieren, dessen Grab quasi schon geschaufelt ist.

Ich bitte Sie ganz dringend, sich hier für mehr Wettbewerb einzusetzen, dem Energiekartell entgegenzusetzen, sich für faire Preise einzusetzen, Marktmacht zu verhindern, die Verbraucher zu schützen und das Primat der Ökologie in den Vordergrund zu stellen. Hierauf sollten Sie Ihre Energie verwenden und nicht auf Modelle, die keine Zukunft mehr haben.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) **Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Ulrich Kelber.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele private Haushalte und viele Unternehmen in unserem Land bekommen in diesen Tagen Briefe von Energieversorgern oder von Vermieterinnen und Vermietern. Die Briefe der Energieversorger sind in der Regel durch eine deutliche Tarifierhöhung gekennzeichnet, die übrigens weit über den Prognosen zum Beispiel der Internationalen Energieagentur und weit über dem liegen, was wir als Politiker noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten haben.

Viele Mieterinnen und Mieter bekommen in denselben Tagen Rechnungen über Nachzahlungen für den Energieverbrauch, weil der Einkauf von Heizöl und Erdgas sehr viel teurer geworden ist, als bei der Berechnung der Vorauszahlungen für ihre Mietnebenkosten angenommen wurde. Die Energiepreise sind zu einer Belastung geworden. Sie sind für viele private Haushalte nicht mehr oder nur noch unter stärksten Einschränkungen zahlbar. In zahlreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen werden sie zu einem Faktor, der Wachstum begrenzt und Arbeitsplätze gefährdet.

Der Anstieg der Energiepreise hat sich in den letzten drei Jahren enorm beschleunigt. Es ist richtig, auf die

- Gründe für diesen Anstieg zu schauen. Es gibt drei wesentliche Gründe, auf die dieser Anstieg zurückgeht. (C)

Als erstes muss man natürlich die Frage nach dem **staatlichen Anteil an den Energiepreisen** stellen.

(Martin Zeil [FDP]: Genau!)

Natürlich hat die Mehrwertsteuererhöhung und natürlich haben leicht gestiegene Abgaben als Folge von Fördergesetzen zu höheren Energiepreisen geführt. Es gibt allerdings zwei wesentliche Unterschiede zu den beiden anderen Gründen des Preisanstiegs. Erstens sind die Fördermaßnahmen teilweise Bestandteil von Programmen, die ihrerseits die Energiekosten senken sollen, indem mehr Wettbewerb entsteht. Sie kommen den Energiekunden also an anderer Stelle wieder zugute, ganz anders als die gestiegenen Gewinnmargen der Energiekonzerne. Zweitens ist der staatliche Anteil an den Energiepreisen in den letzten zwei Jahren wieder gesunken, weil die Preissteigerungen der Privaten weit höher waren als die staatlichen Belastungen.

Ich will das einmal am Beispiel des **Benzins**, nicht des Stroms, deutlich machen, weil es dazu vor kurzem einen Vorschlag des geehrten Kollegen Westerwelle gegeben hat. Er hat gesagt, der Staat habe an den Benzpreisen einen Anteil von 75 Prozent. Ich habe das einmal überprüft und herausgefunden, dass der Kollege Westerwelle ein ausgesprochen gutes Gedächtnis hat. Er hat nämlich fast auf den Prozentpunkt genau den staatlichen Anteil im Jahr 1998 in Erinnerung gehabt, dem letzten Jahr der FDP-Regierungsbeteiligung. In der Zwischenzeit – das waren einige Jahre unter Rot-Grün und alles Jahre mit SPD-Regierungsbeteiligung – ist der staatliche Anteil von 75 Prozent auf 60 Prozent gesunken. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Gudrun Kopp [FDP]: Das stimmt nicht!)

– Wir können das gemeinsam nachrechnen, das ist ziemlich einfach nachzuvollziehen.

Die zweite Ursache sind die **steigenden Weltmarktpreise**. Die Politik muss den Menschen deutlich sagen, dass sie sie vor steigenden Weltmarktpreisen kaum schützen kann. Wir können höchstens etwas bei der Diversifizierung der Liefergebiete machen. Aber eigentlich sind wir – auch im Rahmen der Europäischen Union – viel zu klein, um etwas gegen steigende Weltmarktpreise unternehmen zu können. Allerdings können wir helfen, den Energieverbrauch zu senken, was dazu führt, dass man von den teurer werdenden Energieträgern weniger importieren muss. Dabei können wir helfen, und darauf müssen wir uns in der Politik konzentrieren.

Das ist sehr gut mit den Anstrengungen beim Klimaschutz kompatibel. Denn fast jede Anstrengung beim Klimaschutz läuft darauf hinaus, weniger von den treibhausgasemittierenden Energieträgern zu verbrauchen. Indem wir die Unternehmen und privaten Haushalte dabei unterstützen, weniger Energie zu verbrauchen, wird einer der beiden Faktoren der Energierechnungen gesenkt.

Ulrich Kelber

- (A) Der dritte und wichtigste Grund ist das **Oligopol** auf unserem Energiemarkt, das es bei der Gas- und bei der Stromversorgung gibt. Es ist gerade gesagt worden, dass die Gewinne der vier großen Strom- und Gasversorger in den letzten Jahren von 6 Milliarden Euro auf 18 Milliarden Euro gestiegen sind. Herr Kollege Meyer, ich hätte mich gefreut, wenn Sie die gleiche Frage, die Sie Frau Andreae gestellt haben, auch mir gestellt hätten; denn ich habe eine Antwort darauf. Es gibt mehrere Zehntausend Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich mit Solarenergie beschäftigen. Sie haben gerade vereinfachend die hohen Renditen von lediglich zwei dieser mehreren Zehntausend Unternehmen genannt.

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Aber das sind die Großen!)

Sie sind zum Beispiel nicht darauf eingegangen, dass ein Handwerker heutzutage eine Rendite von 2 Prozent hat, wenn er eine Solaranlage installiert.

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Weil er ganz am Ende ist! Da haben inzwischen schon 30 andere verdient!)

Es gibt außerdem einen wesentlichen volkswirtschaftlichen Unterschied. Während die beiden Unternehmen, die Sie genannt haben, die Gewinne jedes Jahr reinvestieren, um eine jährliche Verdoppelung der Kapazitäten zu erreichen, werden die 18 Milliarden Euro Gewinn der großen Energiekonzerne nicht, wie in den letzten Jahren versprochen, in neue Kraftwerke und die Modernisierung der Netze investiert, sondern sie werden ausgeschüttet. Jedes Jahr gibt es eine neue Ausrede, weshalb man die Gewinne behalten müsse und sie nicht, wie versprochen, investiere.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ulrich Kelber (SPD):

Ja, selbstverständlich.

Gudrun Kopp (FDP):

Vielen Dank, Herr Kollege Kelber, dass Sie die Frage zulassen. – Sind Sie bereit, zu bestätigen, dass es in der Solarbranche in Deutschland 35 000 Arbeitsplätze gibt und dass die Stromkunden über die hohen Abgaben und Steuern auf Energie 153 000 Euro pro Arbeitsplatz pro Jahr mitfinanzieren? Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

Ulrich Kelber (SPD):

Ich nehme zunächst einmal zur Kenntnis, dass Sie eine **Studie des RWI** gelesen haben, zumindest Ausschnitte daraus bzw. die Zusammenfassung für Entscheidungsträger,

(Birgit Homburger [FDP]: Das ist unverschäm! – Gudrun Kopp [FDP]: Ja! Das finde ich auch!)

wie wir alle es häufig tun müssen, wenn eine Studie mehrere 100 Seiten lang ist.

(Martin Zeil [FDP]: Zur Sache!)

Aber – jetzt kommt der Punkt – wo hat diese Studie recht? Es fängt damit an, dass darin falsche Arbeitsplatzzahlen zugrunde gelegt werden. Man tut so, als seien die Preise, die Sie gerade genannt haben, Preise pro Jahr. Dabei wurden diese Preise über 30 Jahre hochgerechnet.

In dieser Studie wird beim Strom aus fossilen Energieträgern eine Preissteigerung in Höhe von 3 Prozent angesetzt. In den letzten Jahren betrug die Preissteigerung allerdings 8 Prozent. Außerdem wird eine Senkung der Vergütung der Kosten für Fotovoltaik in Höhe von 5 Prozent angenommen. Die Koalition wird aber auf jeden Fall eine von 8 Prozent beschließen; das ist ein Vorschlag der Regierung.

Darüber hinaus wird in dieser Studie ein weiterer eklatanter Fehler gemacht: Die größten Zubauzahlen werden für die Jahre nach 2015 prognostiziert. In der Studie heißt es, das werde besonders teuer. Aber im Jahre 2015 wird nach den Beschlüssen, die die Bundesregierung vorbereitet hat und die Große Koalition bis zur Sommerpause fassen wird, der Strom aus einer Fotovoltaikanlage unter deutschen Verhältnissen billiger sein als der Strom aus der Steckdose. Das wird der Zeitpunkt sein, zu dem jemand, der eine Fotovoltaikanlage installiert, keine EEG-Vergütung mehr in Anspruch nehmen wird, sondern dafür sorgen wird, dass er den teuren Strom von RWE, Eon & Co. nicht mehr beziehen muss. Das ist der Augenblick, in dem der Boom erst richtig losgehen wird.

Deswegen ist die Studie des RWI, was die Kosten betrifft, falsch, und zwar um den Faktor 15. Was die Zahl der Arbeitsplätze, die entstehen sollen, angeht, liegt sie sogar um ein Vielfaches daneben. Roland Berger zum Beispiel geht von 200 000 Arbeitsplätzen und nicht von 35 000 Arbeitsplätzen aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie Sie sehen, habe ich die Studie ausführlicher gelesen, als Sie es vermutlich getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Gudrun Kopp [FDP]: Sie rechnen sich das schön!)

Viel spannender ist dieses Thema, wenn man nicht die Angaben verwendet, die RWE, Eon und Vattenfall in ihrer Öffentlichkeitsarbeit machen, sondern wenn man sich ansieht, welche Informationen die Unternehmen verbreiten, wenn sie ganz andere Ansprüche bedienen müssen. Ein Beispiel ist die Jahresbilanzpressekonferenz von **Vattenfall** in Stockholm.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Da waren Sie?)

(C)

(D)

Ulrich Kelber

- (A) – In Stockholm war ich schon einmal. Auf dieser Jahresbilanzpressekonferenz war ich aber leider nicht. Ich bin nicht eingeladen worden, Herr Pfeiffer. –

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Haben Sie etwa nur Auszüge gelesen?)

Dort hieß es, dass zwei Drittel des Gewinns dieses Unternehmens aus Deutschland stammen, weil man in Deutschland im Stromgeschäft besonders hohe Margen erzielen kann. Dasselbe Unternehmen erzählt uns, die Preise seien in Deutschland aufgrund der hohen Abgaben so hoch. In Schweden hingegen sagt man, in Deutschland seien besonders hohe Margen zu erzielen.

Man sollte sich auch einmal die entsprechenden Folien besorgen, die gezeigt werden, wenn RWE in London Finanzinvestoren dazu motivieren will, in die Aktien des Unternehmens zu investieren. Auf ihnen steht nämlich, dass in 80 Prozent der Kraftwerke Strom für weniger als 2 Cent produziert wird und dass man Kraftwerke vom Markt genommen hat, um eine höhere Marge erzielen zu können. Das steht auf den Folien dieses Unternehmens. Das hört sich anders an als das, was in den Pressemitteilungen steht, die dieses Unternehmen in Deutschland verbreitet.

Die Politik kann dennoch einiges tun. Wir können dazu beitragen, dass von den teuren Energieträgern weniger verbraucht wird. Die Stichworte lauten: erneuerbare Energien, Gebäudedämmung und sparsamere Verwendung. Ich hoffe nach wie vor, dass wir in Deutschland mit aller Kraft gemeinsam daran arbeiten, auf europäischer Ebene das **Top-Runner-Programm** zu verankern.

- (B)

Dann können wir in Zukunft verlangen, dass man sich bei allen Instrumenten, Maschinen und Geräten, die verkauft werden, am Besten orientieren muss und dass fünf Jahre später nur noch Geräte verkauft werden dürfen, die mindestens so energieeffizient sind wie die besten Geräte fünf Jahre zuvor. Damit würden wir einen Wettlauf der Ingenieure auslösen, der im Interesse der Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher wäre und zu ungeahnten Ergebnissen führen würde. Wer weniger Klimaschutz will, der lässt die Verbraucherinnen und Verbraucher mit den steigenden Energiekosten allein.

Viele Umstände werden dazu führen, dass wir nie wieder niedrige Energiepreise haben werden. Die Frage ist: Schaffen wir es, zu fairen Energiepreisen zu gelangen?

Wer dazu einen Beitrag leisten will, der muss sich mit dem **Oligopol** auf dem Energiemarkt befassen. Denn es ist die Situation eingetreten, dass die Renditen im liberalisierten Markt höher sind, als es die Renditen vor dem Jahr 1998 in einer regionalen Monopolsituation waren. Das war nicht der Gedanke, der hinter der Liberalisierung stand. Deswegen sind wir darauf angewiesen, jede einzelne politische Maßnahme zu überprüfen: Stärkt sie das Oligopol, oder bricht sie das Oligopol auf? Ich pflichte dem Bundeswirtschaftsminister bei, wenn er sagt: Wir brauchen als Erstes mehr Kapazität auf dem Markt. Das ist richtig. Aber wir brauchen auch mehr Wettbewerber auf dem Markt, wir brauchen mehr Unter-

nehmen auf dem Markt. Dafür braucht es eine ordnungspolitische Vorgabe, wie viel Marktdominanz wir, die Politik, zu akzeptieren bereit sind und wo wir, wie in anderen Bereichen der Wirtschaft, gegen Marktdominanz Maßnahmen ergreifen. (C)

Bei vielen **Maßnahmen** kann man relativ schnell prüfen, ob sie sinnvoll sind. Eine Stärkung der Stadtwerke zum Beispiel ist sinnvoll, weil sie mehr Wettbewerb bringt. Wir sind dazu aufgerufen, bei allen Energiewirtschaftsgesetzen auf die Bedingungen, zu denen die Stadtwerke arbeiten müssen, stärker zu achten. Wir brauchen ein Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung. Bei der Kraft-Wärme-Kopplung treten fast immer regionale, kleine Wettbewerber gegen die Oligopolisten an. Eine Förderung der erneuerbaren Energien ist ebenfalls sinnvoll. Sinnvoll ist auch, wenn im Energiesektor ab 2013 100 Prozent der Zertifikate versteigert werden, damit es im Emissionshandel nicht länger Wettbewerbsverzerrungen gibt.

Die Grünen fordern in ihrem Antrag, bei der zweiten Emissionshandelsphase nachträglich Abschöpfungen vorzunehmen. Sie wissen, dass das schwierig ist. Als ich in meinem Archiv gekramt habe, habe ich den Brief gefunden, den ich damals als Berichterstatter Klimaschutz an Umweltminister Jürgen Trittin geschrieben habe und in dem ich vor der Verabschiedung der Emissionshandelsrichtlinie nachgefragt habe: Besteht nicht die Gefahr, dass den Energiekonzernen ungerechtfertigte Gewinne entstehen? Antwort des damaligen Umweltministers: Diese Gefahr sehe er nicht.

Wir müssen jetzt gemeinsam an der Richtlinie für die dritte Emissionshandelsperiode arbeiten. Die Gefahr ungerechtfertigter Gewinne ist erst dann gebannt, wenn 100 Prozent der Zertifikate auktioniert werden. Wir können die entsprechenden Einnahmen nutzen, um die Energiekosten der Haushalte zu senken. (D)

Wir diskutieren immer wieder über eine Verlängerung der Laufzeit der **Atomkraftwerke**. Das ist eine Maßnahme, die für mehr Wettbewerb schädlich wäre.

(Gudrun Kopp [FDP]: Das sehen wir anders!)

Ich will Ihnen das an einem Beispiel verdeutlichen: Wenn sich ein regionaler Wettbewerber überlegt, ein Kraftwerk zu bauen, muss der Aufsichtsrat den Eigentümern erklären, was für eine Rendite zu erwarten ist. Wenn die jetzige Politik fortgesetzt wird, wenn 100 Prozent der Zertifikate auktioniert werden, wenn bestimmte Nutzungsrechte eingeschränkt werden, ist eine Rendite von 11 Prozent zu erwarten. Vielen Finanzinvestoren wäre das zu wenig; aber ein regionaler Betreiber ist bereit, für eine Rendite von 11 Prozent zu investieren. Eine Folie weiter wird betrachtet, wie die Rendite aussieht, wenn die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängert wird. Dann sinkt diese Rendite auf unter 4 Prozent, und das neue Kraftwerk ist nicht mehr refinanzierbar. Das heißt, die Entscheidung eines Unternehmens, ob es in Deutschland in den Markt einsteigt und durch Konkurrenz für niedrigere Energiepreise sorgt, steht und fällt damit, ob die Bundesregierung die Atomkraftwerke – die hoch subventioniert waren und längst abgeschrieben

Ulrich Kelber

- (A) sind und noch heute von der Allgemeinheit subventioniert werden –

(Gudrun Kopp [FDP]: Die werden subventioniert? Das stimmt doch gar nicht!)

abschalten lässt, wie es vorgesehen ist. Sonst bleibt es bei der Monopolrendite, sonst bleiben 80 Prozent der Stromproduktion in den Händen von vier Unternehmen. Wir sind es also, die entscheiden, ob Unternehmen in den Wettbewerb einsteigen oder nicht.

(Gudrun Kopp [FDP]: Und der Klimaschutz?)

In den Anträgen der Grünen und der FDP stehen weitere Vorschläge für mehr Wettbewerb. Zum einen geht es dabei um die Netze. Ich glaube, dass wir mit der Bundesnetzagentur auf einem guten Weg sind; allerdings gibt es bei der Netzregulierung noch Ausreißer, wie ein Beispiel aus meiner Heimatstadt Bonn zeigt.

In Bonn sind 60 Prozent des Netzes im Besitz der **Stadtwerke Bonn** und 40 Prozent im Besitz von **RWE**. Die Kunden werden von den Stadtwerken Bonn beliefert; RWE bekommt Netznutzungsentgelte gezahlt. Nachdem die Bundesnetzagentur die Netzentgelte geregelt hat, darf RWE ein wesentlich höheres Netzentgelt verlangen als die Stadtwerke Bonn. Das führt dazu, dass die Stadtwerke Bonn RWE mit 4 Millionen Euro subventionieren. Ich kann nicht verstehen, wie so etwas das Ergebnis einer Netzentgeltregulierung sein kann.

(Zuruf von der LINKEN: Das kann es nun wirklich nicht sein!)

- (B) Im Jahr 1995 wurde rekommunalisiert, und die Stadtwerke haben Netze zurückgekauft. Wie kann die Bundesnetzagentur die Meinung vertreten, dass der Preis, den die Stadtwerke damals gezahlt haben, zu hoch gewesen sei, und deshalb nicht anerkennen, dass die Stadtwerke die Netzentgelte zu senken haben, während die RWE-Tochter mit dem Geld, das die Stadtwerke damals gezahlt haben, Wettbewerb machen kann? Das kann nicht das Ergebnis von Regulierung sein. Wir brauchen eine Stärkung der Stadtwerke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Grünen haben vorgeschlagen, **Kraftwerksverkäufe** und die **Privilegierung neuer Wettbewerber** zu prüfen. Ich habe dafür eine persönliche Sympathie, aber Sie machen an der Stelle einen Denkfehler: Sie kommen damit vor Gericht nur durch, wenn Sie nachgewiesen haben, dass Sie vorher bei der Förderung von Wettbewerbern und der Ermöglichung des Zubaus an Kapazitäten die notwendigen Maßnahmen ergriffen haben. So weit sind wir nicht. Den Menschen zu erzählen, man könne diese Maßnahmen jetzt ganz schnell ergreifen, ist schlichtweg juristisch falsch.

Noch dazu kommen viele der neuen Wettbewerber zu uns und sagen: Wenn ihr diese Privilegierung einführt, dann nutzt sie uns nur in den ersten Jahren. Wissen wir aber, ob ihr nicht nach fünf Jahren dem Nächsten dieses Vorrecht gegenüber unseren Kraftwerken gebt, sodass sich unsere Investition dann nicht mehr rechnet? – Sie säen Misstrauen in den Markt, der im Augenblick leider

sehr diffizil ist und in dem die Investitionen nicht so gut fließen, wie wir uns das wünschen. (C)

Letzter Punkt. Die FDP schlägt die **Absenkung der Mehrwertsteuer** vor. Ich finde das spannend. Mit Ausnahme der ersten und der letzten Erhöhung der Mehrwertsteuer waren Sie bei allen in der Regierung. Was glauben Sie, wie viel von dieser Senkung RWE und Eon wieder zurückgeben werden? Die Senkung der Mehrwertsteuer würde dem Gesamtbetrag entsprechen, der in den letzten 18 Monaten aufgrund der Preiserhöhungen der letzten Jahre mehr gezahlt werden musste. Diese Entlastung würde innerhalb kürzester Zeit wieder aufgefressen werden. Dann gäbe es eine staatliche Unfähigkeit, den Menschen bei der Senkung des Energieverbrauchs zu helfen, weil wir die dazu notwendigen Gelder unmittelbar in die Kassen der großen Energieversorger umgelenkt hätten.

(Gudrun Kopp [FDP]: Also immer mehr Mehrwertsteuer!)

Ich glaube, wenn wir das Ordnungsrecht und die Klimaschutzinstrumente stringent anwenden, dann helfen wir den Menschen sehr viel mehr als mit schnellen Sprüchen, weil wir für mehr Wettbewerb und weniger Energieverbrauch sorgen. Es gibt den alten Satz: Lieber viele erfolgreiche kleine Schritte als einen großen Spruch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat der Kollege Martin Zeil für die FDP-Fraktion das Wort. (D)

Martin Zeil (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Debatte deutlich geworden, dass uns ein Ziel eint: Wir wollen mehr Wettbewerb.

(Beifall der Abg. Gudrun Kopp [FDP])

In der Debatte geht es um die verschiedenen Wege und Instrumente zu mehr Wettbewerb. Und Wettbewerb ist dabei ja kein Selbstzweck. Wenn wir den Wettbewerb in einer Marktwirtschaft richtig organisieren, dann kann und muss er die **soziale Funktion des Marktes** zum Ausdruck bringen.

Durch die gestrige Anhörung zum 3. Binnenmarktpaket der EU-Kommission wurden hinsichtlich des Themas **Entflechtung** offensichtlich unterschiedliche Wahrnehmungen ausgelöst. Es ist sicher deutlich geworden, dass insbesondere die Entflechtung auf der Eigentumsebene Ultima Ratio sein kann und muss. Herr Kollege Hempelmann, es war aber doch nicht so, dass alle gesagt haben, wir brauchten keine Entflechtungsinstrumente. Deswegen hat die FDP-Fraktion hier im Bundestag – übrigens wie das Land Hessen im Bundesrat – einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den der kartellrechtliche Instrumentenkasten um das Instrument der Entflechtung für alle verschiedenen Ebenen und Notwendigkeiten erweitert wird. Darüber sollten wir doch Einigkeit erzielen.

(Beifall bei der FDP)